

17. VII. 1917

20

Frankreich und die Linksbewegung in Deutschland

(Von unserem Korrespondenten)

3 Paris, 14. Juli.

Die innerpolitischen Vorgänge in Deutschland werden hier, soweit das unter den jetzigen Umständen möglich ist, gewissenhaft verfolgt. Die Presse beschäftigt sich tagtäglich mit dem, was man die deutsche Krise nennt. Und man kann bei den bürgerlichen Blättern aller Schattierungen eine ungewöhnliche Uebereinstimmung im Urteil über den Ursprung und die Tragweite der Linksbewegung in der deutschen Politik feststellen. Das Urteil geht ganz allgemein dahin, daß man der Linksbewegung die innere Ehrlichkeit abspricht und sie als eine von oben diktierte Bewegung ansieht, durch die der Kaiser, Hindenburg usw. zu den längst ersehnten Friedensverhandlungen kommen wollen. Man sage sich einfach, das schöne Lied von der Demokratie werde in den Ohren der Entente so angenehm klingen, daß Wilson, Lloyd George und Ribot nicht länger zögern werden, die Verhandlungen zu beginnen. Eine humoristische Zeichnung in einem Pariser Blatt hat alle diese Gedanken treffend verbildlicht. Man sieht hinter die Kulissen eines Theaters. Dort stehen der deutsche Kaiser, der Kronprinz, Hindenburg und Bethmann-Hollweg, angetan mit der phrygischen Mütze, bereit, „zum letzten Akt“ auf die Bühne zu treten.

Man wird diese Auffassung der Vorgänge in Deutschland vielerorts ungerecht finden. Wir wollen auch nicht versuchen, ihre Berechtigung darzutun; aber wir wollen sagen, warum man in der französischen Presse Gewicht darauf legt, so zu urteilen. Man stelle sich einen Augenblick lang vor, Deutschland werde von heute auf morgen eine demokratische Republik. Was würde dann geschehen? Würde man sich brüderlich in die Arme fallen und einem verflochtenen Regime oder dem kapitalistischen Imperialismus die Schuld an all dem Unglück geben, das über die Welt hereingestürzt ist? Kein Mensch hält einen solchen Umsturz in Deutschland für möglich. Aber wenn man die französische Ueberlegung übertreibt, so tritt sie am schärfsten zutage. Es ist nicht möglich, daß ein einfacher politischer Umsturz die ganze Rechnung dieses Kriegs auswischt. In ihrem Eifer, diese Wahrheit in allen Köpfen festzusetzen, geht ein Teil der französischen Presse vielleicht etwas zu weit. Man braucht nur den Kampf zu verfolgen, den der „Temps“ periodisch immer wieder gegen die sozialistische „Humanité“ ausführt, um zu sehen, daß es das große Blatt für direkt landesgefährlich hält, wenn man auch nur an die Möglichkeit eines ehrlichen Versuchs einer Linksbewegung in Deutschland glaubt.

Es ist mehr als wahrscheinlich, daß die gegenwärtigen innerpolitischen Vorgänge in Deutschland nicht so weit führen werden, daß die Regierungen der Entente sich die Frage vorlegen können, ob es an der Zeit sei, lediglich auf Grund dieser Veränderungen in Verhandlungen mit der deutschen Regierung einzutreten. Aber selbst wenn man diesen Fall für möglich halten könnte, so bleiben gewisse Forderungen Frankreichs dennoch bestehen. Ribot hat noch jüngst in der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten gesagt, daß die französische Regierung (der Sozialist Thomas inbegriffen) unter keinen Umständen eine Volksabstimmung in Elsaß-Lothringen annehmen könne. Und Kriegsminister Painlevé berührte in seiner großen Kammerrede die Frage der industriellen Rüstung. Deutschland hat aus Nordfrankreich und Belgien alles entfernt, was ihm industriell nützlich sein konnte. Wie würde Frankreich dastehen, wenn morgen ohne weiteres der friedliche Wettstreit wieder beginnen würde? Deutschland würde den Vorteil behalten. Es würde gegenüber Frankreich ein erdrückendes Uebergewicht haben. Dazu kommt noch, daß die vielen Staaten der Entente unmöglich annehmen könnten, daß Deutschland und seine drei Verbündeten zum Frieden kämen, solange sie nach der europäischen Kriegskarte noch im Vorteil sind.

Aber gerade wenn man alle diese Dinge betrachtet, so begreift man wiederum nicht, warum sich die französische Presse gar so sehr bemüht, der demokratischen Bewegung in Deutschland jegliche Bedeutung abzuspochen. Auch wenn diese Bewegung viel mehr Aussicht auf Erfolg hätte, wäre der Frieden noch nicht geschlossen. Auch Wilson hat den status quo ante abgelehnt, weil aus ihm der Krieg

hervorgegangen ist, was seine Gefährlichkeit zur Genüge beweist. Dieser Krieg wird eine Neuordnung der Dinge in Europa bringen. Der demokratische Gedanke hat nicht nur bei der Entente Fortschritte gemacht. In Deutschland mögen seine Fortschritte noch bescheidener sein; aber vorhanden sind sie doch. Wer sie systematisch leugnet, der muß bei den Unbefangenen den Eindruck erwecken, als wäre gerade das unwillkommen, was allein einen dauerhaften Frieden sichern kann. Zu viel Vertrauensseligkeit ist von Nebel; die Franzosen haben es mehr als einmal erfahren. Dies ist aber kein Grund, ins andere Extrem zu fallen und allzu skeptisch zu sein.